



Antrag

der Abgeordneten **Kathi Petersen, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Annette Karl, Natascha Kohnen, Bernhard Roos, Andreas Lotte, Klaus Adelt**
SPD

Bayerische Unternehmen bei Auslandsgeschäften zur Achtung der Menschenrechte durch ihre Partner anhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bereits vor der Inkraftsetzung des derzeit von der Bundesregierung erstellten Nationalen Aktionsplans „Wirtschaft und Menschenrechte“ darauf hinzuwirken, dass im Freistaat ansässige Unternehmen bei ihren Auslandsgeschäften auf die Einhaltung der Menschenrechte durch ihre Partner achten.

Begründung:

Die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte, an deren Erarbeitung Deutschland mitgewirkt und zu deren nationaler Umsetzung es sich verpflichtet hat, geben wichtige Anhaltspunkte für menschenrechtliche Verantwortung im Zeitalter einer global verflochtenen Wirtschaft. Sie benennen die menschenrechtlichen Pflichten von Staaten und die Verantwortung von Unternehmen in der globalen Wertschöpfungs- und Lieferkette. Bis zu der anzustrebenden bundesgesetzlichen Verpflichtung für Unternehmen, bei Auslandsgeschäften auf die Einhaltung der Menschenrechte durch ihre Partner zu achten, ist es angesichts der manifesten Verstöße gegen die Menschenrechte in vielen Ländern angemessen, die renommierten bayerischen Wirtschafts- und Handelsunternehmen für eine diesbezügliche Vorbildrolle zu sensibilisieren und zu einer entsprechenden Geschäftspolitik zu veranlassen.